Es braucht eine nationale Rüstungsindustrie

Autor(en): **Jenni, Peter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **96 (2021)**

Heft 10

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-977219

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Es braucht eine nationale Rüstungsindustrie

Mit Blick auf die unzähligen Konflikte dieser Welt zeigt sich, dass mit Diplomatie allein der Frieden kaum gewährleistet werden kann. Es braucht dazu moderne militärische Mittel, die auch im eigenen Land gewartet werden können.

Peter Jenni

In der Schweiz sind die politisch Verantwortlichen und die Stimmbürger alle paar Jahre aufgefordert, sich mit Volksinitiativen herumzuschlagen, die von den Gegnern der militärischen Landesverteidigung mit dem Ziel lanciert werden, der eigenen Rüstungsindustrie zu schaden und letztlich die Armee abzuschaffen.

Im Vordergrund dieser Vorhaben stehen in der ersten Phase die Exporte von Rüstungsgütern in Länder, in denen teilweise keine demokratischen Verhältnisse herrschen.

Die Schweizer Rüstungsindustrie

Dieser Teil der Industriebasis unseres Landes bietet den rund 10 000 bis 20 000 Beschäftigten hoch qualifizierte Arbeitsplätze und ein sicheres Einkommen. Diese rund 200 Firmen erzielen pro Jahr einen Umsatz von rund 3 Milliarden Franken.

Sie sind unterschiedlich gross und über das ganze Land verstreut. Einige gehören zu grossen ausländischen Konzernen wie General Dynamics (Mowag), Rheinmetall Air Defence (Oerlikon), Thales, Atos. Dazu kommen zahlreiche Zulieferanten.

Die Schweizer Armee ist in den letzten Jahren stark verkleinert worden und die Industrie kann von Aufträgen der Restarmee allein nicht leben.

Alle diese Firmen sind wegen des kleinen einheimischen Marktes für Rüstungsgüter darauf angewiesen, dass sie ihre Produkte auch ins Ausland exportieren können.

Die Industrie kann nur mit Exporten überleben. Hier setzen nun die Armee-Abschaffer mit ihren Vorstössen an.

Sie wollen erreichen, dass der erwähnte Industrieteil an den engen Exportvorschriften für den Verkauf ins Ausland scheitert und entweder die Entwicklung und Produktion ins Ausland verlagert oder das Geschäft ganz aufgibt.

Bild: VBS

Guy Parmelin warb vergeblich für die Beibehaltung der Ausnahmeklause. Sie sei wichtig für die Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz.

Rückzug einer Initiative

Das neuste Beispiel in diesem Zusammenhang ist die sogenannte Korrekturinitiative, die den Export von Rüstungsgütern im Visier hat. Sie fordert kein absolutes Verbot von Kriegsmaterialexporten. Sie verlangt, dass keine Schweizer Waffen in Länder exportiert werden dürfen, die die Menschenrechte verletzen oder in ein Land, das in einen Konflikt verwickelt ist.

In der parlamentarischen Debatte in der Herbstsession 2021 wurde eine Ausnahmeklausel für den Bundesrat bei der Bewilligung von Waffenexporten im Zusammenhang mit der Korrekturinitiative vom Parlament mit bürgerlicher Unterstützung gestrichen. Als Folge dieses Erfolges haben die Initianten entschieden, dass sie ihre Volksinitiative zurückziehen.

Präsidiale Warnungen

In der Debatte im Nationalrat argumentierte der zuständige Minister, Bundespräsident Guy Parmelin, vergeblich für die Beibehaltung der Ausnahmeklausel. Der Bundesrat wolle diese Möglichkeit. Sie sei eine Notwendigkeit für die Sicherheits- und Aussenpolitik der Schweiz.

Mit der vorgeschlagenen Kompetenz kann der Bundesrat rasch handeln, wenn es um die Wahrung von übergeordneten Interessen der Schweiz gehe. Diese Flexibilität brauche der Bundesrat auch im Interesse der Exportpolitik. Parmelin warnte davor, dass damit auch Offset-Geschäfte gefährdet seien und die betroffenen Firmen die Schweiz verlassen, obschon diese Firmen für die Sicherheit der Schweiz von hoher Bedeutung seien.

Dieser schlechte Parlamentsentscheid bedeutet eine Kehrtwende. Der Bundesrat hatte 2018 den Export von Schweizer Waffen in Bürgerkriegsländer wieder erlaubt. Anschliessend wurde von mehreren Seiten gefordert, den Handlungspielraum des Bundesrats wieder einzuschränken. Dies ist nun leider geschehen.